



Dokumente

*Thesen
Erklärungen
Stellungnahmen
Analysen*

aus:

Plenartagungen des Zentralkomitees
Oktober 2025



Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD

WERKSSCHLIESSUNG UND DIE LAGE DER ARBEITER – IN DER ERWERBSLOSIGKEIT! WAS LEHRT DIE ARBEITERKLASSE DER NIEDERGANG VON FORD?

Das Eigentum des Kapitalisten an den Produktionsmitteln, an den Fabriken, bestimmt den Kauf und Nichtkauf der Lohnarbeit des Arbeiters und Werktätigen. Keine Fabrik wird der Privateigentümer und darin die Produktion des Arbeiters sich aufrechterhalten, wenn die darin erzielte Profitrate weit unter die des Konkurrenten des Kapitals fällt (oder wie der Bürger sagt – die Ware unverkäuflich ist). Die Werksschließung ist dem Kapital aber selbst noch ein profitables Geschäft. Die Kapital-Investitionen, die der Kapitalist z.B. in der Autoindustrie in die Umrüstung vom Verbrenner in das E Mobil getätigt hat, sind nicht nur im größeren Maße vom ideellen Gesamt-Kapitalisten getätigt – in Millionenhöhe aus den Staatskassen, ob durch die staatlich geschaffene Infrastruktur oder eben als staatliche Investitionen, die dem Monopolisten die Produktivkräfte seiner Werke erneuerte, auf einen vermeintlichen technischen Stand hob, der ihn den anderen Konkurrenten niederhält. Geht dem Einzel-Kapital nicht die Rechnung dazu auf - und sie ging ihm nicht auf, sondern durch die kapitalistische Gesellschaftsordnung, eben die darin eingesetzten Gelder aus den Volkssteuern, gingen darin verlustig und die Staatskassen wurden vom Monopolkapital geleert. Die dadurch gegebene technische Maschinerie verschachert er weiterhin nach der Werksschließung. Und die Werksschließung bürdet er zu Lasten der kapitalistischen Gesellschaft auf (siehe Saarland – Ford). Und so wird dem Monopolisten selbst eine uralte Produktion des Autos – in der Herstellung in der aktuellsten Technik samt KI darin nur der Klasse der Arbeiter zum Ruin. Als im Lohnsystem Verbleibender, als Erwerbsloser oder im staatlichen Arbeitsdienst dem Kapital die kapitalistische Ausbeutung der Gesamtklasse weiter gewährt, ob in der Kriegsproduktion oder in einer Infrastruktur des Staates, der dem Raubzug des Kapitals gegen andere Länder ihm aufrechterhält.

Der Arbeiter, der im Lohnsystem verbleibt, kann in frühzeitigen von ihm organisierten Abwehrkämpfen seine Kündigung und das Ausscheiden aus der Erwerbsmöglichkeit verlangsamen und sich einen geringen Teil des einbehalten Lohn des Kapitals durch Abfindungen in seiner „freiwilligen Kündigung“ des untergehenden Werks oder in der gestundeten Stunden des Kapitals im „Zeit-Konto“ seiner Überstunden in der der Werkschließung vorausgehenden „Kurzarbeit“ sich selbst von der Klasse in und durch die Erwerbslosenkasse - das Elend seiner Erwerbslosigkeit ein wenig zeitlich nach hinten verschieben. Was nicht

anderes ist als auch ein mehr als profitables Geschäft der ausbeutende Klasse. Die Erwerbslosigkeit, die Vernichtung seiner geschaffenen Fabriken und darin der gegebenen Produktion besagt dem Arbeiter in der kapitalistischen Ökonomie nur eines: „**Nieder mit dem Lohnsystem!**“ Jeder Schritt in diesem Abwehrkampf des Proletariats misst sich ausschließlich darin, vereinigt der Abwehrkampf das Proletariat gegen das Lohn-System der gesamten kapitalistischen Wirtschaftsordnung, ob gegen den staatsmonopolistischen Kapitalismus des Staates oder das einzelne Kapital; oder werden die dann darin längst zu spät kommenden Widerstands-Maßnahmen des Streiks nur zur Aufrechterhaltung der Ausbeutung und dessen Unterdrückung vom betroffenen Arbeiter der Massen-Erwerbslosigkeit geführt – also der Weg ins Elend und des Kriegs gegen die Arbeiterschaft.

Darin besteht aber eben auch die Taktik des Proletariats in jedem Schritt in seiner Front des Abwehrkampfes, der Widerstand, ob Streik oder Boykott oder Besetzung der bedrohten Fabrik, oder darin die politischen Regierungs-Maßnahmen im Kampf gegen die Regierung der Klasse sie den Gesamt-Kapitalismus schwächt zu Gunsten des Proletariats sich jeder Schritt des proletarischen Kampfes sich darin misst ob er das Elend im Lohn-System angreift und aufhebt. Ob darin die Arbeiterkassen in Arbeiterhand sich zu erkämpfen, ob darin den inneren Feind seiner Klasse in der Gewerkschaft und ihrer gesamten oder betrieblichen Organisation als Hilfsorganisation dem Kapitalismus sein Überleben zu sichern oder sie erneut zu revolutionieren im Abwehrkampf gegen Kapital und Regierung und Staat , oder und darin ist entscheidend wird der Abwehrkampf so geführt, dass die Ausgebeuteten, die Arbeiter sich ihre Partei, die Kommunistische Partei, organisatorisch und zahlenmäßig sich vergrößert oder sich kämpfende Einheitsfrontorganisationen wie z.B. die Revolutionäre Front in diesen Kämpfen das aktive und handelnde Proletariat sich erschafft und damit sich die Organisation Gewerkschaft beginnen eben auch wieder zurückzuerobern als Arbeiterorganisation der Einheitsfront der parteilosen, der sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter. Sich also der Lehre ihrer Klasse sich annehmen und in der Organisation ihrer Partei, der kommunistischen, den Schlüssel des Erfolgs über das Lohnsystem als ihre Avantgarde betrachten und aktiv an ihrem Aufbau und ihrem Abwehrkampf gegen Kapital und Regierung beitragen.

Ein Hebel, die Erwerbslosigkeit und ihre Auswirkungen aufzuschieben (nicht zu verhindern!) war und ist der Kampf um den 7-Studentag. Wird diese Taktik zu spät angewandt, kann sie ökonomisch keine Wirkung mehr entfalten, kommt im Gegenteil dem Kapital sehr entgegen, das ohnehin, wie bei Ford in Köln, Tausende von Arbeitern freistellt, weil es schlicht und einfach seine Produkte nicht mehr loswird. Gingen die Arbeiter dort in den Streik, würden weder die Staats- noch die Sozialkassen belastet. Die Kommunisten haben also stets genau zu

analysieren, wann der Streik noch Macht entfalten kann und wann nicht. Wenn: längst der Kampf im Gesamten gegen die Ausbeuter des Privatbesitzes an den Produktionsmitteln und ihres Staates nur der Kampf der Millionen im Imperialismus sein kann. Eben auch darin, was der Arbeiter in der Produktion gesellschaftlich Nützliches zu erschaffen hat. Eben nicht ob E-Auto oder Verbrenner – sondern das gesellschaftliche Verkehrsmittel der Schiene. Dies wird dann dem Arbeiter eben zur Klassenfrage und nur damit kann auch der Abwehrkampf in die Offensive des Proletariats kommen.

Was lehrt uns Ford? Das negative Beispiel Ford lehrt, dass es tödlich für das Proletariat ist, abzuwarten und zu vertrauen auf die Arbeitervertreter, die vorgeben, wenigstens für die verbleibenden Arbeiter die Lohnarbeit zu retten, indem sie scheibchenweise die Belegschaft dem Kapital zur Entlassung ausliefern. Der Kampf muss sofort beginnen. Sofort heißt, in dem Augenblick, wo nicht Kapital und Betriebsrat beginnen, über Abfindungen oder andere „sozialverträgliche“ Maßnahmen zu verhandeln. Sondern: Wenn das Kapital und seine Regierung Investitionen tätigen, die ihm selbst die Vernichtung der Ausbeutung bringt – also in Krisenzeiten, die den Krieg ökonomisch und damit auch politisch bis in den Faschismus dem Kapital als über Lebenskampf aufzwingen – also vor ca. jetzt einem guten Jahrzehnt und eben nicht erst im heutigen Schlussakt der Vernichtung der Werke und Fabriken und darin die Produktionsstätten, aus dem auch die Krise des deutschen Imperialismus mit besteht, war der Abwehrkampf gegen Erwerbslosigkeit dem Proletariat auf die Tagesordnung gesetzt. Als „Autoland“! Und es sollten sich die Arbeiter bei BMW oder bei Mercedes nicht auch nur ansatzweise in Sicherheit wägen, wenn die Kapitalisten nach Überstunden und Sonderschichten schreien und der Betriebsrat diese blanko unterschreibt, weil er das als Zeichen des Aufschwungs in Zeiten der Massenentlassungen sehen will. Nein, das Kapital selbst, wie die darin gegebenen **MASSENKÜNDIGUNGEN** verkündet damit die bürgerliche Presse **SAMT DARIN** und **IN DEN** Vorständen des Kapitals ihre kapitalistischen Ökonomen ist es selbst der Verkünder, die uns tagtäglich die Fakten des Niedergangs liefert (Mercedes erneute minus 12% in den ersten 9 Monaten des Jahres, nicht viel besser steht es bei BMW & Co. Oder die Werksschließung von VW – oder eben jüngst die Massen vor Ankündigung von 15.000 Bosch-Arbeitern, die ja schon mal ihre Schließung einzelner Bosch-Werke wie München, die Krise dem Beschäftigten ankündigte, wie eben die in mehr als 3 Millionen gekündigten Erwerbslosen usw.). Es ist der Niedergang einer veralteten Industrie und nicht die Frage des einzelnen Modells. Oder E-Auto oder Verbrenner - wenn die Schiene das Verkehrsmittel seit mehr als 100 Jahre zu sein hat aber die kapitalistische Ökonomie es verhindert - will der Monopolist eben Monopolist bleiben auf ein Jahrhundert. Sonderschichten und Überstunden in dieser Zeit sind nicht anderes, als die Ankündigung

von Entlassungen und Werkschließungen, so wie bei VW die Werke Emden und Zwickau vor dem Aus stehen. Wie nicht anders die andauernde Kurzarbeit in BMW – Werke. Wie der Zentrale selbst. Die Arbeiter beider Werke VW haben sich in Sicherheit gewogen, wurden doch Milliarden für die Totgeburt E-Auto dort reingebuttert. Die Arbeiter von Ford Saarlouis haben sich dem Kapital prostituiert, indem sie sich in den Konkurrenzkampf mit den spanischen Arbeitern eingelassen haben. Mit dem Ergebnis, dass beide Fabriken platt gemacht werden. Oder jetzt auf E-Produktion gänzlich Umgestellte Werk Köln – vernichtet wird. Worin er aber ein Jahrzehnt die Arbeiter Zeit hatten, wenigsten nicht der STREIKBRECHER-Betrieb von Ford dazustellen und in Einheit ob mit den belgischen, mit den spanischen und selbst der Arbeiter im Saarland, die sich am Ende von Ford aufbäumten, sich in proletarischer Weise sich jetzt selbst eine Arbeiterkampffront zu schaffen – die ihnen heute zugutekommen würde. Statt den gewerkschaftlichen Arbeiterrat zu dulden und das Gewerkschaftshaus die IGM längst zu ihrem Streik-Lokal erkoren die nach der Entlassung ein Ort des Arbeiters zu bleiben hat – Denn ein Erwerbsloser benötigt sein Gewerkschaftshaus umso mehr als Ort der Organisierungen. Darin besteht als Jüngste die Lehre Ford für die Kasse in unserem Land. – wenn man die End- Industrialisierung bei Kohle und Stahl im Ruhrgebiet als dort lebender Arbeiter nicht nur vergessen hat, sondern zur damaligen Zeit, wie in den letzten 10 Jahren der Arbeiter nicht alleine bei Ford die Lehre seiner Arbeitergeschichte umzusetzen hat in Krisenzeiten des deutschen Imperialismus der zum Krieg gegen das Proletariat in anderen Ländern längst geführt hat, wie zum Hauptfeind der deutschen Nation längst wurde, nicht alleine in der Annexion der DDR.

Wenn Mercedes 40.000 Beschäftigten eine Abfindung anbietet, von der ohnehin ein Großteil an den Staat und damit wieder zurück in die Kassen der Monopole fließt, so bedeutet das nicht nur die Zerstörung der Streikbereitschaft, sondern den Beginn von in den Vorständen längst beschlossener Massen-Kündigungen. Folglich muss der Kampf **sofort aufgenommen** werden. Soll der Betriebsrat verhandeln bis er schwarz wird, es kann ökonomisch nichts anderes herauskommen, als Massenentlassungen. Im Kampf aber, selbst wenn er nicht im Sieg endet, wird etwas herauskommen: Der Zusammenschluss der Klasse, die Aufhebung der Individualisierung, das zumindest ansatzweise Rütteln an diesem verfluchten Lohnarbeiterbewusstsein, das jegliches kollektives Handeln verhindert. Und wer selbst darin zu spät kommt im Streik, wird nicht die darin ersehnte Verlängerung seiner Ausbeutung erhalten, sondern der Gewinn darin wird und kann nur sein sich als Klasse zu formieren um dem Ende im Lohnsystem näher zu kommen als Arbeiter der sozialistischen Gesellschaftsordnung. Der Streik ist eben ein Machtmittel, aber wahrlich nicht das einzig des Arbeiters – der ebenso ökonomischen kapitalistischen Gesetze folgt und darin bestimmt wird Wer darin zu spät kommt hat selbst darin sein Arbeiterkampfmittel

verloren. oder mindestens um vieles gegen das Ausbeutersystem geschwächt. UND wird sich der Taktik von Conti- Mexico der Besetzung des Werkes längst an nähern müssen um die Gesamtkasse dadurch eben als einzelnes Werk sich zu organisieren. Ohne der Illusion - Kapitalismus ohne Erwerbslosigkeit könnte es geben. sondern um das Ausbeuter-System Kapitalismus mit der Revolution sein Ende zu bereiten; Im Kampf der Revolution der sozialistischen Gesellschaftsordnung unter der Diktatur des Proletariats.

Bei Ford ist nicht das Kapital das Problem, sondern die Gewerkschaft. Sie wurde gegründet, um das Überleben des Proletariats zu sichern. Wenn wir davon reden, dass wir die Gewerkschaften und unsere Gewerkschaftshäuser wieder in unsere Hände nehmen müssen, dann ist nicht gemeint eine kurze Besetzung wie in Ingolstadt. Es geht um laufende Politik. Die Gewerkschaftshäuser vom Gewerkschafter bezahlt aus seinem Lohn, sind Arbeiter Orte und Häuser seiner Organisation gegen das sind zu öffnen für die Erwerbslosen, für Arbeiter-Versammlungen, in denen darüber diskutiert wird, wie wir den Kampf um den Zusammenschluss der Klasse, egal ob Erwerbsloser oder Noch-Beschäftigter, zu organisieren haben. Erwerbslosen-Beratung, Erwerbslosen-Ausschüsse, an den meisten Orten längst abgeschafft, gehören wieder in die Gewerkschaftshäuser, ebenso wie Mitgliederversammlungen etc. Die IG Metall z.B. jammert über hohe Mitgliederverluste. Was also spricht dagegen, die Gewerkschaftshäuser zu öffnen, hängt davon doch auch der Sessel der Bürokraten ab, bei der IGM sogar die Höhe des fürstlichen Gehalts der Geschäftsführer. Auch Genossen, die ihren Fuß nicht so sehr in der Gewerkschaftsarbeit haben, können ihr Wissen und ihre Erfahrung einbringen z.B. als ehemaliger Betriebsrat, als Jurist oder durch die proletarische Kultur. Dazu muss man kein gewählter Funktionär sein. Die Rentner können Wissen und Erfahrung beispielsweise an die Gewerkschaftsjugend weitergeben, Schulungen abhalten, etc. Es gibt viele Möglichkeiten, über die in jeder Ortsgruppe nachgedacht werden sollte.

Die Krise des Deutschen Imperialismus ist mittlerweile schon weit von der Weltwirtschaftskrise abgekoppelt. Bei der Entwicklung der Produktivkräfte ist er nicht mehr in der Lage aufzuholen. Die Verschwendung der menschlichen Arbeitskraft steigt ins Uferlose und die Vernichtung der Ressourcen ist nicht wieder gut zu machen.

Umso notwendiger ist die Beweisführung der Kommunisten in der Agitation. Welche Maschinen, welche Technik gibt es, um dem Menschen die Arbeit zu erleichtern und um seine tägliche Arbeitszeit zu verkürzen (als konkrete Agitation zum 7-Studentag)? Was könnte ein Zusammenschluss der Automobilbauer mit den Bahnarbeitern in Sachen gesellschaftlicher Transport alles bewirken (siehe Bahn-Broschüre)? Wäre es nicht eine äußerst wertvolle Beweisführung, wenn die Kölner Genossen den geschlagenen Ford-Arbeitern die Frage stellen würden: *Was, Kollege,*

würdest Du dem Arbeiter bei BMW oder Mercedes raten, der nun auch in die gleiche Situation wie Du kommt? Sollten sie als Metalller nicht der Gesellschaft dem Volk darin dienen indem sie die Züge samt ihren E-Loks, und Infrastruktur der Bahn- ob Transport oder Individualverkehr auf die Sprünge helfen. Denn an Arbeit ist dieses Land wahrlich nicht Arm: Wenn der Mensch, das Volk im Mittelpunkt der Produktion steht und nicht der Maximal-Profit. Und mit dieser Antwort gehen die Kommunisten dann vor die Betriebe in Regensburg oder Bremen, Würth- Mannheim, oder Hamburger – Hafen, München usw.

Und der Ort der Versammlung hat eben das Gewerkschaftshaus zu sein – ohne Raum-Miete – und mit den Druckmöglichkeiten, die aus den Kreisen der Erwerbslosen und noch Beschäftigten gewerkschaftlichen Flugschriften und Aktionen oder Demonstrationen im Betrieb, vor dem Betrieb und gegen den Staat etc. veröffentlichen. Und im Gewerkschaftshaus haben die Widerstandsaktionen auch geplant und organisiert zu werden. Dies setzt voraus den neu zu gewinnenden Kampf gegen den Apparat, um diese gewerkschaftlichen Gremien erneut als gewerkschaftliche Gremien der Erwerbslosen-Gewerkschafter zu finanzieren und als dauerhaften Widerstandsort gegen die Erwerbslosigkeit im Gewerkschaftshaus zu schaffen. Die heute eben von dem gekündigten Arbeiter bestehen, in und von den Betrieben in das nächstgelegene Gewerkschaftshaus und daraus sich die von Massenlosigkeit bedrohte Arbeiterschaft Zentren des Widerstands bis hin zu Streik-Lokalen gegen Kapital und Regierung selbst organisiert. Die der Individualisierung des Erwerbslosen Einhalt gebieten können und zur Revolutionierung seiner Massenorganisation beiträgt als Gewerkschafter vor dem Betriebstor und im Betrieb und Versammlungen, in VK-Sitzungen.

Unsere Agitation muss dem Proletariat konkret aufzeigen, was die Klasse bereits geschaffen hat in Bezug auf die Entwicklung der Produktivkräfte und was sie in der Lage ist noch zu schaffen, was gesellschaftlich sinnvoll ist und auch gebraucht wird. Der Widerspruch zur privaten Aneignung schreit buchstäblich nach Revolution, ohne dass wir jedem Artikel den „Sozialismus“ anhängen müssen.

*aus der Plenartagung des Zentralkomitees
Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD
Oktober 2025*

TARIFABSCHLUSS IN DER STAHLINDUSTRIE UND SEINE FOLGEN FÜR DIE DEUTSCHE ARBEITERBEWEGUNG!

Drei Monate ohne Erhöhung und ab Januar 2026 bis Ende des Jahres mickrige 1,75%. In Anbetracht der Inflation also ein dickes Minus für die rund 90.000 Stahlarbeiter, die der IGM in eine Tarifrunde ohne wirkliche Forderung folgten, außer der, die Stahlkapitalisten mögen sie doch bitte weiterhin ausbeuten.

Ein weiteres Ergebnis der Tarifrunde ist die Verlängerung der sogenannten Beschäftigungssicherung u.a. durch die Absenkung der Arbeitszeit auf 28 Stunden mit Teillohnausgleich. Also dann und solange, wie es die Kapitalisten gerade brauchen auf Kosten der Arbeiter, anstatt einer Arbeitszeitverkürzung für alle bei vollem Lohn.

Aber es wäre auch sicher keine höhere Prozentforderung die Rettung der Stahlarbeiter gewesen, wenn man die reale ökonomische Lage beachtet. Die Rohstahlproduktion im Inland ist im ersten halben Jahr um knapp zwölf Prozent auf 17,1 Millionen Tonnen gesunken, die Rohstahlproduktion liegt auf dem Niveau der Krise im Jahr 2009. Die deutsche Stahlindustrie ist schlicht international nicht konkurrenzfähig, die Anlagen sind teilweise veraltet, ausgenommen einzelne Bereiche, wie Spezialstähle. Hier arbeiten also noch Facharbeiter, die etwas können. Und hier liegt vielleicht der einzige Ausweg der Arbeiter in diesem Bereich, der noch nicht die ganze Revolution erfordert, aber in diese Richtung geht, das ist der Kampf darum, über die Produktionsmittel zu bestimmen. Das kann die Verstaatlichung der Stahlwerke unter der Kontrolle von Arbeitern sein. Auch wenn dies in der Satzung der IGM als Ziel angegeben ist, würde dies zunächst in den eigenen Reihen einen heftigen Kampf erfordern.

Die Stahlkrise, die seit mehreren Jahrzehnten die westdeutsche Stahlindustrie von Krupp und Co. kennzeichnet und nicht wenige Stahlkocher, ob im Saarland oder in NRW oder in Norddeutschland, die Arbeitsplätze kostete den Stahlkocher im deutschen Imperialismus, in dem die Kapital- Investitionen in Länder getätigt wurden und weiter werden, in denen die Ausbeutung der Arbeitskraft dem Stahlkapital mehr den Maximal-Profit sichert. Wie aber auch darin, dass die Stahlkocher, die gerade auch in der Stahlproduktion und ihrem gewaltigen Fortschritt im Sonderstahl – also z. B. rostfreier Stahl gegen Verwitterung oder Dauer-Stahl mit langer Haltbarkeit, die die Stahlhütten herstellen könnten (die jeder Stahlkocher in den Glanz-Broschüren seiner Stahl-Kapitalisten lesen kann) darum kämpften, als Produzenten im Streik, in der Verkürzung der Arbeitszeit auf wenigstens den gesetzlichen 7-Studentag und im Kampf

um die Verstaatlichung nicht führten. Als die ersten Schritte des Stahlarbeiters, als Beginn des Kampfs gegen seine Stellung in der Stahlproduktion als Malocher, als Ausgebeuteter, um die Produktion, die die Gesellschaft ob im Bauwesen oder in der Infrastruktur – also Bahn und ihr immenser Stahlverbrauch, im Schiffsbau, im Transport, wie immer noch in der Herstellung des Maschinenbaus, etc. so nötig braucht.

Wer als Arbeiter eben nicht den Kampf im Kapitalismus um den Besitz und gegen den Privatbesitz der Produktionsmittel führt, wird schwerlich als Arbeiterräte die Verstaatlichung als eventuell notwendige Etappe des Klassenkampfes führen, sondern nur das Elend der Erwerbslosigkeit und als noch Beschäftigter die weitere Senkung der Löhne im Lohnsystem erleben. Und damit die Ausbeuter Krupp und Co. als Ausbeuter nicht loswerden. Dies kennzeichnete auch wieder die IGM-Stahl, „tarifrunde“ trotz einer Satzung, die ihnen was anderes sagt. Eine Satzung, eben aus den 60er Jahren kommend und längst der Makulatur. Aber seit Jahrzehnten hatte der Arbeiter die Wahl, wie ein Arbeiter zu handeln – die Stahlkocher in Süd-Korea, die auch gegen das deutsche Kapital seit Jahren kämpfen, im Stich zu lassen. Der Stahlkocher hierzulande hätte schon seinen Klassenbruder an seiner Seite – wenn er STREIKT. Um die Stahlhütten, die immer noch jede Produktion mehr als benötigt.

Die Krise bei Stahl ist eben eine Krise des Profits des Kapitals, seines Kampfs um den Maximal-Profit, und darin sich selbst geschaffen. Und nicht alleine von der Autoindustrie ausgehend oder von der durch die Regierung selbst hergestellte „Energie- und Strom-Krise,“ sondern nur dadurch vertieft. Darin bestand eben für den Stahlarbeiter die Tarifrunde in seiner Gewerkschaft schon mal. Und Schluss wäre es wenigstens schon mal, als internationaler STREIKBRECHER von anderen Stahlarbeitern angesehen zu werden - nicht allein in Süd-Korea, sondern auch in Lateinamerika, usw. Oder im Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit auf den 7-Studentag sich der Stahlarbeiter einzufinden hat, wie z.B. im erneuten eintägigen Streik am 13.10.2025 in ganz Griechenland. Damit der dritte STREIKTAG in wenigen Wochen in Griechenland im ganzen Land: „Ihr Kapitalisten und ihr von der Regierung der Kapitalisten verlängert uns nicht die Ausbeuterzeit und damit unsere Kündigung, die Euch zu Millionären macht und uns das Leben und die Lebensdauer nur vergällt“. Und verkürzt!!

*aus der Plenartagung des Zentralkomitees
Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD
Oktober 2025*

SPLITTER ZUM NOTSTAND DER REPUBLIK UND ZUR ZERSCHLAGUNG DES „SOZIALSTAATES“

Drohnen

Ohne jeden Nachweis zu liefern, wird in den letzten Wochen rauf und runter behauptet, dass es vermehrte Fälle von Drohnenflügen gebe und diese auf Russland zurückzuführen seien. Es gibt keinen einzigen Nachweis. Egal, berichtet wird es trotzdem rauf und runter. Auch wenn in der Pressekonferenz eindeutig zugegeben werden muss, dass es dafür keine Nachweise gibt:

Frage (namentlich nicht bekannter Journalist)

Herr Kornelius, nach Angaben der deutschen Flugsicherung gab es in diesem Jahr ähnlich viele Gefährdungen des Luftverkehrs durch Drohnenflüge wie im Jahr 2018. Die Bundesregierung hat diesen Anstieg zum Teil der sogenannten hybriden Kriegsführung Russlands zugeordnet. Gibt es denn bei einzelnen dieser Gefährdungen Anhaltspunkte, dass diese tatsächlich auf russischen Einfluss, russische Agenten oder russische Modelle zurückgehen?

Regierungssprecher Kornelius

Ich kann Ihnen über die nachrichtendienstlichen Erkenntnisse wenig Auskunft geben. Es stellt sich so dar, dass wir eine deutliche Zunahme der Drohnenzwischenfälle feststellen. Unter diesen Zunahmen ist auch ein signifikanter Teil über sicherheitsrelevanten Einrichtungen in Deutschland. Es scheint sich hier um systematische Vorfälle zu handeln.

Ansonsten ist das Thema Attribuierung – das hatte ich auch am Montag schon gesagt – ein schwieriges Thema bei dem Thema Drohnen. Man kann sagen, dass keine unmittelbare Gefährdung für die Bevölkerung zu verzeichnen war, aber eine Zunahme dieser destabilisierenden Flüge, die sich zu einem gewissen Teil sicherlich auch dem privaten Drohnenbesitz zuschreiben lassen, aber eben nicht in der vollständigen Zahl. ...

Frage Jung (jung & naiv)

Eine Verständnisfrage: Herr Kornelius, verstehe ich richtig, dass die Bundesregierung bei den Drohnenfällen, über die wir seit Wochen sprechen, basierend auf ihren nachrichtendienstlichen Erkenntnissen, lediglich zuordnet, ob es russische oder nicht-russische Vorfälle waren? Oder können Sie uns noch andere Beispiele von anderen Piloten nennen?

Kornelius

Es gab auch andere Vorfälle, ja. Es gab auch andere Zuordnungen. Es gibt bei allen Zwischenfällen einen umfassenden Aufklärungsversuch.

Natürlich gibt es nach den Fällen Ermittlungsbedarf. Ich habe jetzt zum dritten Mal gesagt, dass das Thema Attribuierung nicht leicht ist. Genauso ist es beim Thema Drohnenabwehr. Wir wissen, dass wir es hier mit einem Phänomen zu tun haben, das uns technisch, aber auch in der Bedrohungsanalyse, vor sehr komplexe Situationen stellt. Der Innenminister hat jetzt Maßnahmen angekündigt. Wir werden das Luftsicherheitsgesetz ändern. Drohnenabwehreinheiten werden eingesetzt, auch in der Bundespolizei. Die Ausstattung wird geändert. – Das sind alles Maßnahmen, die nicht über Nacht greifen, aber die jetzt angesichts dieser neuen Situation dringlich erscheinen.

<https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/pressekonferenzen/regierungspressekonferenz-vom-8-oktober-2025-2388046>

Folge dessen wird einmal mehr die Armee im Inland gegen die Arbeiter und das Volk sein. Dass die Bundeswehr im Inland abschießt, heißt Krieg. Wer dies also fordert, spricht aus, worum es geht: Um den Kriegszustand. Noch würde ansonsten gelten, dass ein Einsatz der Bundeswehr zum Abschießen nur im Falle der "Katastrophenhilfe" und des "inneren Notstands" möglich wäre – das ist ein Überflug mit einer Drohne, noch dazu einer unbewaffneten, ganz sicher nicht. Daher soll nun das Luftsicherheitsgesetz geändert - und damit erneut das Grundgesetz aufgehoben werden: Schüsse der Bundeswehr sollen im Rahmen der Amtshilfe ermöglicht werden, und damit erneut die Polizei militarisiert, dem Militär unterstellt. Außerdem soll ein neues Drohnenabwehrzentrum gebaut werden, bei dem die bisher zerstreuten Zuständigkeiten zusammengeführt werden. Damit ginge es um eine gemeinsame Plattform, die Landespolizeien, Bundespolizei, Bundeswehr und Sicherheitsbehörden handlungsfähiger macht. Denn nicht nur die Rechtslage und die Technik machen unsere Drohnenabwehr kompliziert, sondern auch die fehlende Kommunikation und Abstimmung zwischen Bund und Ländern." (tagesschau, 02.10.2025)

Neues Bundespolizeigesetz

Eingebracht wurde zudem ein neues Bundespolizeigesetz. Ermöglicht werden dadurch weiterhin anlasslose Kontrollen in Bahnhöfen, die Ermächtigung für die Bundespolizei, Menschen direkt in Abschiebehaft nehmen. Weiteres: Befugnis zur Überwachung durch Handyortung, Staatstrojaner und Einsicht in Fluglisten aus dem Nicht-EU-Ausland.

Militär überall...

„Es geht um uns, es geht um Sie, es geht um Ihre Kinder, es geht um Ihre Enkel. Es geht darum, wie wir in Europa leben wollen. Und genau dafür stellen wir gerade die Weichen“ (Generalinspekteur Carsten Breuer bei der Jahrestagung der Reserve) Denn die Bedrohungslage durch

Russland sei ernst. Putin gehe es nicht allein um die Ukraine, sondern um die grundlegende Veränderung der sicherheits-politischen Ordnung in Europa. 2029 sei dabei der zeitliche Maßstab, an dem sich alles orientieren müsse. Daher müsse sich auch der Aufwuchs der Reserve an dieser Zeitmarke orientieren. „Jeder Reservist ist auch Abschreckung“, brachte es Breuer auf den Punkt.

(Jahrestagung der Reserve,

<https://www.bundeswehr.de/de/meldungen/jahrestagung-reserve-bundeswehr-2025-6016786>)

Neuer Operationsplan Deutschland

Derzeit wird ein neuer Operationsplan Deutschland erarbeitet, der voraussichtlich Mitte 2026 fertiggestellt sein soll.

Der Betrieb der Drehscheibe Deutschland ist damit eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die auch Einschränkungen für die Bevölkerung mit sich bringen wird, aber essenziell für die Sicherheit Deutschlands und seiner Partner ist. Denn der Aufmarsch und die Versorgung verbündeter und eigener Streitkräfte schaffen die Voraussetzungen, dass die richtigen Kräfte zur richtigen Zeit voll einsatzbereit am richtigen Ort bereitstehen – für eine glaubhafte Abschreckung und wirksame Verteidigung im Bündnis.

<https://www.bundeswehr.de/de/organisation/operatives-fuehrungskommando-der-bundeswehr/auftrag-und-aufgaben/operationsplan-deutschland>

Weitere Zerschlagung der letzten Reste des Sozialstaats

Das sog. ‚Bürgergeld‘ wird wieder abgeschafft. Stattdessen sollen die nutzlosen Esser eben noch schneller verhungern, Grundsicherung heißt es nun wieder. Wenn jemand künftig einen ersten und zweiten Termin beim Jobcenter versäumt, werden die Leistungen um 30 Prozent gekürzt werden. Nach dem dritten versäumten Termin sollen sie auf null gesetzt werden. Auch die Miete wird dann nicht mehr bezahlt. Wer nicht isst, braucht ja auch kein Dach über dem Kopf.

Rente: Lang wird’s nicht mehr dauern, und das Rentenalter wird erneut hochgesetzt werden – wie schon angekündigt. Bis dahin wird’s einfach faktisch gemacht: Da die Rente sowieso nicht zum Leben reicht, muss eh weitergearbeitet werden, sofern was zu finden ist. Dafür muss man dann auch keine Steuern zahlen – nun, wer nichts zu essen hat, keine Arbeit findet, der freut sich über die Idee, dass er im Falle, dass er arbeiten ‚dürfte‘, keine Steuern zahlen muss. (Für die sogenannte Aktivrente soll es einen Steuerfreibetrag von 2000 Euro pro Monat geben. Sie soll zum 1. Januar 2026 in Kraft treten).

aus der Plenartagung des Zentralkomitees
Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD
Oktober 2025